

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag „Freiwilligendienste fördern – Gutes unterstützen, Perspektiven aufzeigen“ (DS 5/8166)

Der Landtag möge beschließen:

Freiwilligendienste weiter fördern

1. Der Landtag Brandenburg betont gegenüber der Landesregierung die notwendige Fortführung der Förderung im Bereich der Freiwilligendienste auch in der neuen EU-Förderperiode ab 2014.
2. In diesem Zusammenhang fordert der Landtag Brandenburg die Landesregierung auf, eine Ausweitung der FSJ-Programme für die Bereiche „FSJ im Sport“ und „FSJ für Demokratie“ zu prüfen.
3. Ein Bericht über die beabsichtigte Ausgestaltung der künftigen Förderung der Freiwilligendienste ist dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport bis Ende des I. Quartals 2014 zuzuleiten.

Begründung:

Die Antragsteller schätzen die Freiwilligendienste im Land Brandenburg. Im „Freiwilligen Ökologischen Jahr“, im „Freiwilligen Jahr in der Kultur“, im „Freiwilligen Jahr in der Denkmalpflege“ sowie im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ engagieren sich junge Menschen, um sich nach erfolgreichem Schul- oder Berufsabschluss auszuprobieren und zu orientieren. Darüber hinaus leisten sie auch einen immens wichtigen Beitrag für unsere Gemeinschaft und das Zusammenleben in unserem Land. Durch die pädagogische Begleitung der Träger und Einsatzstellen erwerben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wertvolle soziale Kompetenzen, bekommen einen Einblick in das Berufsleben und es wird die Berufsorientierung unterstützt. Freiwilligendienste können damit einen wichtigen Beitrag dafür leisten, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu vermeiden.

Seit 1994 fördert das Land Brandenburg das „Freiwillige Ökologische Jahr“ mit aktuell ca. 120 Plätzen. Das „Freiwillige Soziale Jahr in der Jugendhilfe“ wird seit 2005 mit 68 Plätzen gefördert, das „Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur“ wird mit 20 Plät-

zen gefördert. Alle Freiwilligendienste werden mit Bundes- und ESF- Mitteln sowie mit Einsatzstellenanteilen finanziert. Würde die ESF-Förderung entfallen, müssten zahlreiche Einsatzstellen geschlossen werden.

Diese Stellen sind bei jungen Menschen sehr beliebt. Die Sinnhaftigkeit und der gesellschaftliche Mehrwert wurden durch verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen.

Klaus Ness
für die Fraktion der SPD

Christian Görke
für die Fraktion DIE LINKE